

Faschismus und Reichswehr

Große Waffenschiedungen

Der Sozialistische Parlamentsdienst schreibt: Die bayerischen Faschisten scheinen in letzter Zeit auch in Preußen eine sehr umfangreiche, wenn auch vorläufig noch unvollständige Tätigkeit auszuüben. Wir glauben sogar behaupten zu können, daß der Einfluß der Faschisten bis in die Reihen der Reichswehr reicht. Mitglieder der Nationalsozialistischen Partei, die ehemals der Reichswehr angehört und noch im Besitze der Reichswehrtafeln sind, haben es verstanden, unter Zuhilfenahme dieser Ausweise von Reichswehrruppenteilen Waffen zu erhalten und zu verschleiben. Es entzieht sich allerdings unserer Kenntnis, ob diese Dinge nur möglich waren, weil die in Frage kommenden untergeordneten Reichswehrruppenteile so irreführend worden sind, wie feinerger der Bürgermeister von Rönitz, oder ob hier tatsächliche Verbindungen zwischen Nationalsozialisten und der Reichswehr vorhanden sind. Eingeweihte glauben, das letztere nicht bestritten zu können.

Weiter sind in den letzten Wochen in Berlin rund zehn große Waffenschiedungen beschlagnahmt worden. Sie waren gemeint als „Maschinenteile“ deklariert, umhüllten aber in Wirklichkeit Teile für Hunderte von Maschinengewehren, riesige Mengen Infanteriegewehre und noch viel größere Mengen dazu gehörige Munition. Diese Waffen waren zum Teil für einige östliche Bundesstaaten, zum andern Teil für Ober-Oesterreich und für andre Teile Deutschlands bestimmt. Wie immer bei solchen „nationalen Sachen“ haben auch hierbei deutsch-nationale Vertrauensleute ihre Finger im Spiel gehabt.

Zu diesen Tatsachen erfahren wir noch, daß es insbesondere das Reichswehrministerium mit seinem „demokratischen“ Minister ist, das allerlei Schwierigkeiten macht, um nicht in das Dunkel zu bringen. In Anbetracht der Tatsache, daß sich große Mengen von Waffen in den Händen der Reichswehrruppenteile befinden, muß von der Regierung Guno mit allem Nachdruck verlangt werden, daß sie diesen Waffenschiedungen nachgeht und rücksichtslos die Personen bestraft, die sich, und sei es auch nur durch fälschliche Duldung, an den geschehenen Verbrechen mitschuldigen gemacht haben. Wenn sie es nicht tut — und sie wird es nicht tun — muß sie im Reichstage zur Rechenschaft gezogen werden.

Ermäßigungen und Erhöhungen im Gütertarife

Die ständige Tarifkommission der Reichsbahn hat eine Reihe von Ermäßigungen auf die Tariffahre für Lebensmittel und Stückgut beschlossen. Der Preis für Stückgut wird um rund 17 Prozent ermäßigt. Zwischen den Ladungsklassen A und B wird eine neue Klasse mit einer Tarifiermäßigung von 18 Prozent gegenüber Klasse A eingeschoben. Die Lebensmittel aller Art umfaßt. Die bereits in niedrigerer Klasse befindlichen Nahrungsmittel bleiben in dieser Klasse. Nur die niedrigste Wagenladungsklasse E wird eine Lebensmittelladung EN 10 eingeführt, die eine Verbilligung für Gemische unter 15 Tonnen bringt. Der Koffizienten für Kartoffeln wird durch einen neuen Ausnahmetarif ersetzt, der für Wagenladungen eine Fracht von nur 40 Prozent der Normalfracht vorsieht, während bei Stückgut nur das halbe Gewicht der Normalfracht zugrunde gelegt wird. Der durch diese Tarifiermäßigungen bedingte Ausfall erfordert eine Erhöhung der Gütertarife um 70 Prozent und der Tiertarife um 60 Prozent. Die Ermäßigungen und Erhöhungen treten am 1. Januar 1924 in Kraft.

Kleine politische Nachrichten

Plante verhandlungsunfähig
In der Verhandlung im Plante-Prozess am Mittwoch ist der Hauptangeklagte Max Plante nicht erschienen. Der Verteidiger Dr. Bürger, der gestern eine tägliche Verhandlung von nur einigen Stunden angesetzt hatte, erklärte sich heute für verhandlungsunfähig. Die Verteidigung stellt daraufhin den Antrag, Plante aus der Haft zu entlassen, damit er sich in der Freiheit mehr Kräfte zueignen könne, und in der Folge nur noch hinfühlerhaft zu verhandeln. Der Vertreter der Staatsanwaltschaft widersprach der Haftentlassung Plantes energisch und stellte den Ausführungen des Verteidigers, der darauf hingewiesen hatte, daß Plante ein Todesstrafkandidat sei, der auch bei einer Verurteilung keine Strafe niemals würde verbüßen können, die Meinung entgegen, daß Plante gerade jetzt, da der Prozess in für ihn ungünstigster Weise auslaufen droht, sehr wohl Anhaltspunkte haben könne. Die Auseinandersetzung über Plante, in der schon vorher das Gericht die Vorführung des Angeklagten beschlossen hatte, dauert an.

Die kommunistische Blaufärbung geht ununterbrochen weiter. Nachdem erst in Paris wieder fünf Sozialrevolutionäre zum Tode verurteilt wurden, wird aus Petersburg gemeldet: Der Prozess gegen die Sozialrevolutionäre in Petersburg endete mit der Verurteilung von elf Angeklagten zum Tode.

Der Faschismus in Wöhrden. Nach einer Meldung aus Prag teilt Carlsto-Totom mit, in Wöhrden habe sich eine faschistische Parteiorganisation gebildet, die das Militär und die Gendarmerie übernahm.

Genosse Dr. Rittweger, ehemaliger medienbauratlicher Ministerialrat, wurde mit 28 Stimmen der Linken vom Reichstagen Ratung zum Justizminister von Thüringen gewählt. Die Reichsparteien sowie die Demokraten gaben weite Stimmzahl ab.

Parteiangelegenheiten

Gegen die große Koalition
Beschlüsse des Bezirksparteitags in Thüringen
In Erfurt fand am vergangenen Sonnabend und Sonntag ein Bezirksparteitag der Thüringer Landesorganisation statt, auf dem der Zusammenschluß der beiden Parteien organisatorisch vollendet wurde. Unter anderem beschäftigte man sich mit der politischen Lage im Reich, zu der die Reichstagsabgeordneten Hoffmann, Emsfeld, und Rosenfeld, Berlin, referierten. Gegen eine Stimme wurde folgende, bereits vom Bezirksvorstand angenommene Resolution gutgeheißen:

Die am 2. Dezember im Reichstagsgebäude zu Weimar stattgefundene Konferenz der Vertrauensmänner der D. D. P. des Reichstagesverbandes Groß-Thüringen, an der sich auch die sozialdemokratischen Reichstagsabgeordneten beteiligten, nahm Stellung zur gegenwärtigen politischen Lage und auch zur Abstimmung der Reichstagsfraktion gegenüber dem Kabinett Guno.

Die Konferenz ist einmütig der Auffassung, daß unter den gegenwärtigen politischen und wirtschaftlichen Verhältnissen eine Koalition auf breiter Grundlage — mit der Deutschen Volkspartei — unmöglich ist. Die Konferenz billigt daher die Entlassung der Reichstagsfraktion, daß sie

Die Lehre von Ludwigshafen

Der Streik und die Aussperrung der Belegschaften in der Babischen Knit- und Sodafabrik in Ludwigshafen sind beendet. Dem Einwirken der Gewerkschaften ist es zu danken, wenn Schlimmeres verhindert wurde. Ludwigshafen ist ein Schulbeispiel dafür, daß die Arbeiterschaft den kommunistischen Treibern und Hebern die Folge des Streiks muß, weil sie nicht hilflos brutalen Unternehmervandalen ausgeliefert sein.

Der Streik in Ludwigshafen war ein wilder. Er war von kommunistischen Elementen lediglich zu dem Zwecke vom Saune gedreht worden, um wieder „Leben in der Gesellschaft“ zu bringen. Die Nachgelüste der Moskauer Treibanten dürften, koste es was es wolle, nach neuen „Ruhmesbäumen“. Und in der Zeit! Das neueste Heldentum bewandlungsloser Hegepolitik reißt sich würdig in den Kampf der vorangegangenen ein. Die Jede für die neueste, Prestigeeil dieser Diktatorien bejaht die Arbeiterschaft. Wie war, es?

Die Ludwigshafener Kommunisten in dem genannten Betriebe wollten zeigen, daß sie auf der Höhe sind und betreiben eine Betriebsversammlung ein, auf deren Tagesordnung man zwar „Lohnfragen“ gesetzt hatte, die in Wirklichkeit jedoch die Beschäftigung der kommunistischen „Betriebsrätekonferenz“ in Berlin beschließen sollte, eine Veranstaltung, die nach den gemachten Erfahrungen eher alles andere war, nur kein Betriebsrätekonferenz. Obwohl die Gewerkschaften davor warnten, wurden fünf Delegierte gewählt, hinter denen im Falle von Wahrgelungen „die gesamte Belegschaft“ stehen sollte. Die Firma betraugte den Delegierten den Urlaub — vielfach war ihr die Modprobe ganz willkommen — und drohte die Entlassung an. Trotzdem nahmen drei Delegierte an dem Kongress teil, die daraufhin am 27. November freilich entlassen wurden. Nun sollten die Versammlungsteilnehmer ihre Versprechen einlösen. Manchem mochten jetzt aber doch Bedenken aufsteigen, als die Sache wirklich all das Geld wert sei, das ein solcher Kampf nach sich ziehen muß, ob es wirklich angebracht sei, kurz vor Weihnachten Tausende von Frauen und Kindern dem Hunger zu überantworten, nur um dreier Bonaparte, willen. Es blieb zunächst bei der passiven Resistenz. Man sah endlich die Firma eine Warnung. Nunmehr bildeten sich kommunistische Stütztrupps, die den Betrieb zu Betrieb sogen und die Feuer herauftrieben.

Alle Anstrengungen der Gewerkschaften, die Belegschaften von dem unangenehmen Schritt fernzuhalten, wurden in den Wind geschlagen. Noch am selben Abend wurde die Stilllegung des Apparatwerkes proklamiert, am folgenden Tage die der andern. Belegschaften lehnten die Diktatorien ab, die Arbeiterschaft selber über einen Streik abstimmen zu lassen, wohl in der Überzeugung, daß der übergroße Teil der organisierten Arbeiter dem kommunistischen Beginnene Paroli geboten hätte. So wurde kurzerhand, getreu den Moskauer Grundregeln, die Mehrheit von der Minderheit verweigert.

Als „Leistung“ des Streiks hatte sich ein sogenannter Belegschaftsausschuß ausgewiesen, der, da die Gewerkschaften natürlich mit vollem Recht eine Unterwerfung dieses wilden Streiks ablehnten, nur allzuwohl seine Ohnmacht dokumentierte. Die kommunistische Presse erließ unter Begleitung der Wahrheit Auftrüge „Sammet für die freiliebenden Brüder“, in Zeitungsblättern wurde der Belegschaft die

selbständige Behauptung dargebracht, die Firma fordere die Einführung des Sechstundentages.

Die Bemühungen des Belegschaftsausschusses, den Streik zum Generalstreik auszubilden, scheiterten nach kleinen örtlichen Streikungen, die sofort wieder beigelegt wurden, rasch an der Disziplin der Arbeiterschaft.

So lag klar auf der Hand, daß der Streik, der jeglichen Erfolge, die bisher bei Arbeitskämpfen gemacht wurden, Gohn spricht, von vornherein aussichtslos war, und es ist ein Verdienst der Gewerkschaften, daß sie nach nächster Erwägung der Sachlage, selbst unter Hinterrückstellung aller Ansprüche der Kommunisten, daran gingen, so schnell wie möglich zur Schlichtung dieses sinnlosen Streiks auf dem Verhandlungswege zu schreiten.

Es ist selbstverständlich, daß es keinem Gewerkschaftler einfallen wird, das Verhalten der Firma, die zu Wahrgelungen schritt, zu rechtfertigen oder auch nur zu entschuldigen. Es geht die Firma, wie wir bereits vor einigen Tagen betonten, nichts an, was die Arbeiter mit ihrem Urlaub machen. Ihr Verhalten ist rücksichtslos im höchsten Maße. Das rechtfertigt aber andererseits in keiner Weise einen wilden Streik.

Die kommunistische Presse, die ein gerüttelt Maß an Schuld bei den Vorgängen in der Fabrik mitteilt, versucht natürlich ihr schamiges Kleid reinzumachen. Alle Schuld trifft die Gewerkschaften, so wird behauptet, und dann führt sie die „erschöpfenden“ Versuche an, die nach ihrer Ansicht selbstverständlich sämtlich auf Konto der „verräterischen Gewerkschaftsführer“ zu buchen sind. Ein billiges Unterfangen! Nur liegen diesmal die arbeiterschaftsfeindlichen Wackelkopfen der Kommunisten so klar, daß es ihnen kaum noch möglich sein dürfte, wie in früheren Fällen, die Arbeiterschaft weiter zu täuschen. Die Folge solcher sinnloser Unternehmungen ist nur eine weitere Schwächung der proletarischen Klasse. Das Unternehmertum rüstet mit Macht zur Beseitigung des Sechstundentages, dem zu begünstigt ist Aufgabe der Gewerkschaften. Die Arbeiter der Arbeiterorganisation werden aber dann wesentlich erschwert, wenn illegale Streikführer aus reinen Machtgierigkeiten oder Panatismus den Vertretern der Arbeiterschaft Knippen zwischen die Beine werfen. Dadurch wird einzig und allein die Position der Unternehmer gestärkt, die Front der Arbeiterklasse aber erhält bedenkliche Wunden.

Dazu kommt, daß solche Streiks notwendigerweise eine Winderung der Schlagkraft der betroffenen Belegschaft auf Monate hinaus zur Folge haben, eine Tatsache, die jedem Unternehmer nur erwünscht ist, weil dadurch notwendige Streiks von vornherein unmöglich gemacht sind. Gelingt es doch, dann ist die Arbeiterschaft wehrlos der Willkür rücksichtsloser Unternehmer ausgesetzt.

Es ist nicht zu erwarten, daß die kommunistischen Diktatorien aus dem Beschluß in Ludwigshafen gewerkschaftliche Erfahrungen ziehen. Es kommt ihnen vielmehr — und das lehrt die Vergangenheit — lediglich darauf an, zur Förderung ihrer Parteiziele die Arbeiterschaft durcheinander zu bringen, nicht ihr zu helfen. Möge nunmehr die Arbeiterschaft aus diesen Vorlesungen lernen und solchen Reuten künftig die Gefolgschaft verweigern. Mit dem schönen Solidargefühl, das unsre Arbeiterschaft auszeichnet, darf nicht Schindluder getrieben werden.

Das ist die Lehre von Ludwigshafen.

eine Regierungsbildung mit der Deutschen Volkspartei abgelehnt hat. Sie ist aber weiter der Auffassung, wollte die Reichstagsfraktion konsequent diese Politik weiter treiben, dann könnte sie unmöglich dem Kabinett Guno die Billigungsermel aussprechen.

In dem die Konferenz mit dieser Abstimmung ihre Einverständnis nicht erklären kann, spricht sie aber zu gleicher Zeit die bestimmte Erwartung aus, daß in Zukunft, bevor sich wichtige Fragen aberschließen, die die Funktionäre der Partei (Parteiausschuß und Parteirat) gebildet werden, damit die Partei nicht vor vollendete Tatsachen gestellt und unter organisierten Genossen sowie die Organisationsarbeit draußen im Reich das Vertrauen zur eigenen Sache nicht verlieren.

Gewerkschaftsbewegung

Gabe der kommunistischen Palzaktion

Nachdem der Deutsche Metallarbeiterverband seine Mitglieder zur Wiederaufnahme der Arbeit aufgefordert hat, hat nunmehr auch die kommunistische Streikleitung den Streik für beendet erklärt. Die Arbeit wird nach Maßgabe der von der Werksleitung aufgestellten Bedingungen, die zu ändern den Bemühungen der Gewerkschaften nur in ganz geringem Umfang möglich war, aufgenommen. Ob sie sich nicht vollständig wird und welche Opfer dieser von den Kommunisten selbst vom Saune abgedeckt werden sollen, läßt sich nach nicht übersehen. Soviel aber steht fest, daß der Gewinn nach diesem Kampf einzig und allein bei der Werksleitung ist. Es ist gekommen, wie es kommen mußte und wie es von allen einschlägigen Kreisen von Anfang an vorausgesehen worden ist: Die geschwächte, kampfunfähige Arbeiterschaft muß sich genau so wie in Leuna, in Oßleb, und überall, wo die verwerfliche kommunistische Politik ausprobiert wurde, von den Unternehmern den Daumen auf den Hals setzen lassen. Und ebenso wie dort wird auch in Ludwigshafen die weitere Folge der kommunistischen Wagnisse das Anwachsen des Indifferenzismus und der gelben Bewegung sein. Es wird allerschlimmste Zeit, daß mit aller Energie und mit aller Rücksichtslosigkeit das kommunistische Geschwür ausgebrannt wird. Da hilft weder falsche Solidarität noch schöne Resolutions, sondern nur scharfes entschlossenes Handeln. Und dies darf nicht nur von den Innungen erwartet werden, sondern dazu hat jeder gewissenhafte Gewerkschaftler an jedem Tage und zu jeder Stunde die Pflicht. Geht es nicht, dann wird auch in Deutschland der Tag kommen, wo der mächtigste Held, der der Unternehmervandalen im Wege liegt: die deutschen freien Gewerkschaften, zerplittern, genau so wie in Frankreich, Italien, der Tschechoslowakei und überall dort, wo die kommunistische Dummheit mit verwerflichen Wagnissen gepaart und mit den Interessen der Arbeiterklasse gespielt hat. Wenn an dem Beispiel in Ludwigshafen in letzter Stunde der Arbeiterschaft die Augen geöffnet werden sind, dann mag man diesen Streik, der sich mehr gegen die Gewerkschaften, als gegen die Unternehmer richtete und der ebenso gut hätte von den Leuten inszeniert werden können, die im Dienst der Kapitalisten stehen, als Bitteres und trauriges Lehrgeld in Kauf nehmen, in der Hoffnung, daß in Zukunft Verurteilungen nicht mehr vorkommen möge.

Jetzt auch Herr Weilmann!

Im Beiräte Ausschuss teilt ein gewisser Weilmann herum und gibt an, auf dem Reichsbetriebsrätekonferenz delegiert gewesen zu sein. Er erklärt, beauftragt zu sein, die Erwerbslosenbewegung in Ostfriesland zu organisieren. Dem gegenüber festgesetzt, daß Weilmann Mitglied des Dresdener Erwerbslosenrates war, zur Zeit ihm oder nicht mehr angehört. Weilmann hatte sich zum sächsischen Reichsbetriebsrätekonferenz eigenhändig ein Mandat ausgesprochen. Seine Anwesenheit wurde verweigert. Wo Weilmann die Gelder zu seiner Delegation hernimmt, ist noch nicht anzusehen. Weilmann hat bis auf dem sächsischen Reichsbetriebsrätekonferenz gesammelten Gelder nicht an die sächsischen Innungen der Erwerbslosen abgegeben. Weilmann hat kein einziges Auftrage, die Erwerbslosenbewegung in Ostfriesland zu organisieren, diese Aufträge liegen in den Händen der sächsischen Innungen. Wir

Deutsche Notgemeinschaft

Vom Ortsausschuß des A. D. U. B. wird uns geschrieben: Aus verschiedenen Betrieben erhalten wir Anfragen, die darauf schließen lassen, daß über die Durchführung der Sammlungen für die „Deutsche Notgemeinschaft“ noch autoritativ viel Unklarheit besteht. Es entspricht nicht den Umständen, wenn Arbeitgeber versuchen, einen Streik für diese Zwecke einzubehalten, sondern es wird unter der Voraussetzung, daß der Arbeitgeber den gleichen Betrag wie die bei ihm beschäftigten Arbeiter, Anstellten und Beamten zusammen, abführt, die Leistung eines halben Stundenlohnbeitrages an zwei aufeinanderfolgenden Lohntagen empfinden.

Die eingekommenen Gelder gehen über die Organisationen an eine Zentralsammelstelle. Es empfiehlt sich deshalb auch die wiederholt beachtete Methode nicht, die in den Betrieben gesammelten Beiträge gemeinsam mit den Geldern der Arbeitgeber unter Umgehung der Organisationen an die Sammelstelle abzuführen. Wir eruchen vielmehr die Betriebsräte und Vertrauensleute, alle gesammelten Gelder an ihre Organisation abzuführen.

Sammelstellen und Auftrufe sind fertigestellt und können bei den einzelnen Gewerkschaften sowie beim Ortsausschuß des A. D. U. B., Rippenstraße 4. L., abgeholt werden.

Der Dollar 6733,12
Berlin, 21. Dezember. (Schluß.)

	21. 12.	21. 12.	20. 12.	20. 12.	
	Gold	Preis	Gold	Preis	
Polen	1 Gulden	2889,81	2881,69	2848,86	2861,84
Dänemark	1 Krone	1276,55	1283,45	1248,83	1255,88
Schweden	1 Krone	1206,47	1204,58	1170,66	1176,42
Norwegen	1 Krone	1271,81	1278,19	1268,82	1278,18
Österreich	1 Sch. Mark	167,08	167,02	165,55	166,42
Schweiz	1 Franc	1271,81	1278,80	1269,81	1276,80
Österreich (über abgegl.)	100 Kronen	9,82	9,88	9,47	9,58
Brasilien	1 Krone	189,15	200,50	201,49	202,51
Indonesien	1 Krone	2,94	2,06	2,79	2,81
Belgien	1 Franc	468,85	461,15	456,85	457,65
Frankreich	1 Franc	1067,85	1062,85	247,87	252,89
Italien	1 Lire	841,84	841,88	839,15	844,86
London	1 £ Sterl.	3122,25	3117,75	3034,75	3037,35
Neuseeland	1 Dollar	6733,12	6736,88	6670,78	6704,23
Paris	1 Franc	501,28	503,76	498,75	501,25
Südafrika	1 £ Sterl.	2888,84	2881,87	2818,88	2831,89

Polnische Noten 57,75.

Die Notenknot steigt

Der Banknotenumlauf hat sich in der Reichsmonarchie um 123,3 Milliarden Mark auf 970,2 Milliarden Mark erhöht, während der Umlauf am Reichstagsausgang des Jahres wiederum geringfügig, nämlich um 78,6 Milliarden Mark auf 13,7 Milliarden Mark zurückging.

ra. Berlin, 22. Dezember. (E. g. Draht.) Am Donnerstag war das Geschäft heute wieder ganz ruhig, um so mehr, als die bevorstehende mehrwöchige Geschäftsunterbrechung infolge des Festes zu früherer Zurückhaltung mocht. Die Kurse hielten sich fast genau auf ihrem Stande vom gestrigen Abend. Der Dollar war bis zum Beginn der Börse mit 6600 bis 6600 genannt. Der festere Markt war bis auf einen leichten Rückgang, weil die gestrige Inflationsdebatte am fröhlichen Senat bestimmend wirkte.

Wasserstände der Weiden, Elbe, Eger und We

Station	Wasser	20.	21.	Wasser	20.	21.
Weiden	Subweid	54	40	Graben	101	121
Weiden	Wobran	194	222	Reinick	148	200
Eger	Jungfrauen	19	11	Seitewitz	112	200
Eger	Baum	128	227	Wald	120	270
Weiden	Wald	10	14	Wald	88	80

Seite 3
gten Kub
bon ein
ober die
r wird an
Roma ist
bei jeder
siten und
daz diese
s weiter
sehr die
sbahn
Berfona-
eichs.
gt. Es
imen, in
haben
sticht der
n, Bahn-
elche das
n, ent-
Reichs-
n 15 000
nd sich
bl der
uf. Der
gen von
den daß
schäftig,
uf.
an der
heit mit-
n, wenn
und der
l. Eine
Profit
n, kann
n, wenn
s durch-
ip der
end ist
auch die
s ihren
wenden.
Demo-
n gleich-
und un-
sicherung
starren
dieses,
schränken,
wert,
terium
n sind.
llen an-
ge-
sich
ihren
arke
daß
er ig
d nicht
durch
en ge-
nung
is ge-
hohen
wür-
schlich
ng die
e den
feier-
von
eben.
ben-
s um
lung:
ohne
hr.
ber-
tins
ge-
6
eifen
un
ta,
auf
hor-
n-
und
ung
lfr.
leibt
e n.
ndet
nd-
sch
bon
leibt
den
den
200
en.
ben
den
sp